



Niederschrift

17-011-JHA Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreises Bergstraße

am **Donnerstag, 20.02.2014**, 14:30 Uhr bis 16:00 Uhr,
Sitzungssaal "Bergstraße" im Verwaltungsneubau der Kreisverwaltung
in 64646 Heppenheim, Graben 15, 3. Stock

- | | |
|---------|--|
| Punkt 1 | Verabschiedung der Niederschrift vom 9. Oktober 2013 |
| Punkt 2 | Präsentation über den Abschlussbericht zum Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell |
| Punkt 3 | Information zur Kinderschutz-App - Testphase |
| Punkt 4 | Informationsvorlage zu den geänderten Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Kreis Bergstraße |
| Punkt 5 | Bericht des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses |
| Punkt 6 | Bericht der Verwaltung |
| Punkt 7 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen |

Anwesende:

Vorsitzende/r:

Ringer, Stefan

stellvertretende/r Vorsitzende/r:

Wilkes, Matthias CDU

stimmberechtigte Mitglieder:

Wagner, Andreas

Roos, Dieter

Hapke, Ellen SPD

Fiedler, Josef SPD

Metz-Denefleh, Anne

Berg, Evelyn GRÜNE

Öhlenschläger, Doris

Weigand, Volker FDP

Ehret, Bruno

Blessing, Peter

Herr, Winfried

Eisenhauer, Daniela

Thiels, Ursula

Wimmer-Müller, Lothar

Vertretung für Herrn Kurt Hahn

Vertretung für Frau Michaela Jüllich

Vertretung für Frau Brigitte Walz-Kelbel

Vertretung für Herrn Thomas Jungfleisch

beratende Mitglieder:

Schneider-Jaksch, Ute
Bordon, Frida Dr.
Hoffmann, Peter
Rhein, Gerhard
Eichler, Markus Pfarrer
Wünker, Petra

Vertretung für Frau Rosemarie Schultheis

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ringer, eröffnete um 14:30 Uhr die 17-011. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreises Bergstraße, begrüßte die erschienenen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Mitarbeiter der Verwaltung sowie anwesende Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung ging den Mitgliedern mit Datum vom 06. Februar 2014 fristgerecht zu. Einwände gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Desweiteren teilte der Vorsitzende mit, dass als Tischvorlage die Beschlussvorlage Nr. 17-1026 Abschlussbericht zur Evaluation des Pilotprojekts „Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell“ (Anlage 1) und ein Anschreiben sowie ein Vordruck zum Verdienstausfall ehrenamtlich Tätiger für das Jahr 2014 (Anlage 2) verteilt wurden.

Herr Ringer teilte noch Änderungen der Jugendhilfeausschussmitglieder mit. Frau Katrin Hechler und Herr Kreistagsabgeordneter Michel Pfenning sind aus dem Jugendhilfeausschuss ausgeschieden. Für Frau Hechler rückt Herr Kreistagsabgeordneter Gerhard Herbert (SPD) als neuer Stellvertreter von Herrn Ringer nach. Für Herrn Pfenning rückt Herr Kreistagsabgeordneter Sven Wingerter (SPD) als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss nach. Herr Wingerter war bisher Stellvertreter von Herrn Kreistagsabgeordneten Josef Fiedler. Als neuer Stellvertreter von Herrn Fiedler rückt Herr Kreistagsabgeordneter Helmut Kirchner (SPD) nach.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Verabschiedung der Niederschrift vom 9. Oktober 2013

Herr Ringer, der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, fragte die Mitglieder, ob es zur Niederschrift vom 9. Oktober 2013 Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche gibt. Da dies nicht der Fall war, gilt die Niederschrift somit als genehmigt.

Punkt 2: Präsentation über den Abschlussbericht zum Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell

Frau Schneider-Jaksch verwies auf die verteilte Tischvorlage (basierend auf der Vorlage vom 9. Oktober 2013) und erläuterte kurz die wesentlichen Merkmale des Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodells. Herr Landrat Wilkes ergänzte die einleitenden Ausführungen um die Entwicklungen und Zielstellungen, die mit dem Projekt seit 2007 / 2008 verbunden sind.

Einzigartig war der Zusammenschluss aller Heppenheimer Schulleitungen, die den

direkten Kontakt zu Herrn Landrat Wilkes suchten und gemeinsam um Unterstützung baten. An der Konzeptentwicklung waren neben den Schulen, die Stadt Heppenheim, das Staatliche Schulamt, das Jugendamt und freie Träger beteiligt.

Das Besondere an diesem Modell sind die neuen Kooperationsstrukturen. Ein Beratungsteam, bestehend aus einer Sonderpädagogin und einer Jugendhilfe-Fachkraft, steht allen Heppenheimer Regelschulen (alle Schulformen!) für Beratung und Unterstützung zur Verfügung.

Anschließend berichtete Frau Pfaff als Projektleiterin anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) über die Ergebnisse aus dem Abschlussbericht über das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell. Gemäß Kreistagsbeschluss vom 16.12.2013 wird das „Modell“ als festes Angebot für Heppenhems Schulen unter der Bezeichnung „Heppenheimer Schul- und Jugendhilfe-Angebot“ im Regelbetrieb weitergeführt.

Die Datenerhebung erfolgt seit 1,5 Jahren über eine Smartphone- App. Da diese App für den Regelbetrieb durch weitere Variablen zur Erfassung von Haltekraft-Indikatoren zu ergänzen ist (z.B. Fehlzeiten und Ordnungsmaßnahmen), erfolgt derzeit eine datenschutzrechtliche Prüfung durch die Schulseite.

Herr Landrat Wilkes weist darauf hin, dass es besonders wichtig sei, die Haltekraft der Schulen zu stärken, um dauerhafte Ausschulungen zu vermeiden. Eine Maßnahme hierzu ist das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfe-Angebot.

Fragen seitens der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden von Frau Pfaff beantwortet.

Punkt 3: Information zur Kinderschutz-App - Testphase

Frau Schneider-Jaksch berichtet darüber, dass das Kooperationsprojekt zum Kinderschutz „PROTECT App“ kurz vor der Veröffentlichung steht. Die Firma MOSAIK mobile Lösungen GmbH und die Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim haben gemeinsam eine mobile Anwendung für Smartphones entwickelt, die im App Store und Google Play verfügbar sein wird.

Das Jugendamt hat das Projekt von Anfang an begleitet und unterstützt. Die App bündelt erstmalig in elektronischer Form Informationen und Adressen über Hilfe- und Beratungsangebote im Kreisgebiet und versetzt den Nutzer in die Lage, sich schnell und umfassend zum Thema Kinderschutz/Kindeswohlgefährdung zu informieren. Das Ziel des Projektes ist die Bereitstellung einer kostenfreien Smartphone App, die es Kindern, Jugendlichen, Eltern und Familienangehörigen, aber auch Fachkräften nach § 4 KKG ermöglicht, schnell und unkompliziert Informationen und ggf. das passende professionelle Unterstützungs- oder Beratungsangebot vor Ort zu finden.

Die Inanspruchnahme der App soll in der nächsten Zeit im Kreis Bergstraße getestet werden. Für die Durchführung dieses Pre-Tests gibt es eine Vereinbarung des Kreises mit der Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim. Über die Ergebnisse der Evaluation wird zu gegebenen Zeitpunkt (in einer Sitzung nach der Sommerpause) berichtet.

Punkt 4: Informationsvorlage zu den geänderten Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Kreis Bergstraße

Frau Schneider-Jaksch berichtet, dass im Oktober 2012 der Jugendhilfeausschuss dem Kreisausschuss empfohlen hat, dem Antrag des Kreisjugendringes zu entsprechen und das Mindestalter auf 13 Jahre für Lehrgangsteilnehmer herabzusetzen. Der Kreisausschuss hat im Frühjahr 2013 dieser Empfehlung entsprochen und gleichzeitig wurde vom Kreisausschuss beschlossen, dass die Verbände nach einem Jahr der Erprobung einen Sachstandsbericht vorlegen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat die Richtlinien entsprechend angepasst. Hierzu wurde mit der Einladung eine Informationsvorlage verschickt.

Herr Ehret vom Kreisjugendring wird den gewünschten Sachstandsbericht über die Phase der Erprobung in der nächsten Sitzung am 8. Mai 2014 abgeben.

Fragen seitens der Jugendhilfeausschussmitglieder wurden von Frau Schneider-Jaksch, Herrn Manhart, Fachbereichsleiter Finanzmanagement und zentrale Steuerung, und Herrn Ringer beantwortet.

Auf Nachfrage eines Mitglieds wird seitens des Jugendamtes geprüft, wie viele Bescheide im Jahr 2013 nach den alten Förderrichtlinien bewilligt wurden.

Der Beschluss aus der Sitzung des Kreisausschusses Bergstraße wird der Niederschrift beigelegt (Anlage 4).

Punkt 5: Bericht des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende weist noch einmal auf die Veränderung der Jugendhilfeausschussbesetzung hin und erwähnte, dass die nächsten Termine für den Jugendhilfeausschuss bereits mitgeteilt wurden.

Seitens Frau Thiels gab es eine Sachstandsnachfrage zum Thema „Rückkehr zur Hessischen Rahmenvereinbarung“ aus der Sitzung am 19. Juni 2013, welches Herr Ringer auf den Punkt 6 - Bericht der Verwaltung verwies.

Ebenfalls wurde von Frau Thiels nach dem Sachstand „Anwendung von Tariflöhnen“ aus der Sitzung am 9. Oktober 2013 gefragt. Herr Ringer teilte mit, dass er diese Anfrage von Frau Thiels und Herrn Wann am 23. Oktober 2013 zum Anlass genommen hat, den Kreis anzuschreiben und ihn darum zu bitten, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses umzusetzen. Bisher sei ihm nicht bekannt, dass das Schreiben an den Kreis beantwortet ist.

Herr Ringer berichtet weiter, dass er der Bitte um eine rechtliche Nachprüfung aus den Reihen des JHA nachgekommen ist, indem er die Kommunalaufsicht, d.h. das Regierungspräsidium in Darmstadt, den damaligen Regierungspräsidenten Herrn Johannes Baron sowie das Hessische Innenministerium in Wiesbaden, Herrn Staatsminister Boris Rhein persönlich angeschrieben hat. Die Antwort des Regierungspräsidiums vom 8. November 2013, die auch mit der Rechtsauffassung des Innenministeriums konform geht, wurde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende sieht aufgrund der eindeutigen Aussage in diesem Schreiben, nämlich dass es keine Anhaltspunkte für einen Rechtsverstoß der Verwaltung des Jugendamtes gibt, die Möglichkeiten des JHA ausgeschöpft.

Punkt 6: Bericht der Verwaltung

Frau Schneider-Jaksch geht sodann auf die von Frau Thiels gestellten und noch zum Teil noch offenen Fragen ein.

Sachstand bzgl. Rahmenvereinbarung ist, dass es Ziel sei, in Hessen wieder in eine gemeinsame Rahmenvereinbarung nach § 78a ff. SGB VIII einzutreten. Allerdings haben sich die Vereinbarungspartner abschließend noch nicht geeinigt. Insofern haben Träger/Leistungserbringer, die ihre Entgeltsätze neu verhandeln möchten, Einzelverhandlungen mit dem jeweils für sie zuständigen Jugendamt zu führen.

Das Thema „Anwendung von Tariflöhnen“ wurde seitens der Verwaltung des Jugendamtes mittels Beschlussvorlage in einen demokratischen, öffentlich diskutierten Entscheidungs- und Abstimmungsprozess innerhalb der Kreisgremien bis hin zur kommunalen Volksvertretung des Kreises Bergstraße, also abschließend in den Kreistag eingebracht. Der Kreistag hat in seiner Sitzung im Dezember 2013 die Rechtsauffassung der Verwaltung des Jugendamtes bestätigt. Frau Schneider-Jaksch sagte zu, dass die öffentlich zugänglichen Unterlagen hierüber mit der Protokoll-Niederschrift nachgereicht werden (Anlage 5).

Auf Anfrage von Frau Hapke informiert Herr Landrat Wilkes über den aktuellen Sachstand zur neuen Krankenpflegeschule.

Punkt 7: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende teilte abschließend mit, dass der nächste Jugendhilfeausschuss am 08. Mai 2014 im Nibelungensaal stattfindet.

Die Sitzung wurde um 16:00 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez.
Stefan Ringer
Vorsitzender

gez. _____
Melanie Jöst, Schriftführerin

Anlagen: -5-